

Solothurn könnte 1.25 Mio. Franken zugunsten von Menschen auf der Flucht spenden

Am 19. Dezember entscheidet die Gemeindeversammlung der Stadt Solothurn über die Erheblichkeit der Motion „Hilfe vor Ort“. Die Motion verlangt, dass die Stadt Solothurn insgesamt 1.25 Mio. Fr. zugunsten von Menschen auf der Flucht spendet. Dass wir nicht allen helfen können, ist richtig. Es ist jedoch kein Argument gegen etwas mehr Unterstützung.

von Christian Baur, SP-Mitglied

Inhalt der Motion

Es geht um eine Spende der Stadt Solothurn in der Höhe von 1.25 Mio. Fr. Dieser Betrag entspricht weniger als einem Prozent unseres Eigenkapitals (143.9 Mio. Fr.). Eine kommunale Spende hat eine wesentlich grössere Hebelwirkung als private Spenden. Zum einen gerade deshalb, weil wir damit signalisieren, dass wir uns auch als Kollektiv gegenüber Menschen in Not verantwortlich fühlen. Und zum anderen, weil wir andere Gemeinden dazu motivieren könnten, etwas Ähnliches zu tun. Selbstverständlich bringen wir als Kollektiv einfach auch müheloser einen anständigen Betrag zusammen. Die Spende soll entsprechend dem Motionstext wie folgt aufgeteilt werden:

- 300'000.- für *médecins sans frontières Belgique* zur Unterstützung und Betreuung von asylsuchenden Frauen und Minderjährigen auf den italienischen Mittelmeerinseln Lampedusa und Sizilien.
- 350'000.- zugunsten der Organisation *Sea-Eye*, welche Bootsflüchtlinge auf dem Mittelmeer rettet.
- 600'000.- zugunsten des *IKRK* zur Verwendung in Flüchtlingslagern des Libanon.

Als finanziell sehr gut abgesicherte Gemeinde ist eine solche Spende leicht zu verkraften. Niemand hier würde deshalb in irgendeiner Weise eingeschränkt. Wir würden als Gemeinde immer noch über 142.65 Mio. Fr. an Eigenkapital verfügen. Gleichzeitig könnte dadurch die akute Not vieler Menschen zumindest etwas gelindert werden. Für einige Menschen kann unser Handeln oder Nichthandeln im Extremfall Leben oder Tod bedeuten. Das ist leider eine Tatsache, auch wenn es etwas pathetisch klingt und wir vielleicht Mühe haben, uns das vorzustellen.

Ablehnung durch den Gemeinderat

Der Gemeinderat der Stadt Solothurn hat die Motion „Hilfe vor Ort“ abgelehnt. Entscheiden wird aber die Gemeindeversammlung. Der Gemeinderat lehnte auch eine Art Gegenvorschlag der Grünen sehr knapp ab. Es ging dabei um Fr. 111'000.- zugunsten von Menschen auf der Flucht. Der Stadtpräsident entschied das Patt mit Stichentscheid. Es sei nicht an uns, Aussenpolitik zu betreiben, wurde argumentiert. Wer angesichts einer Spende von Aussenpolitik redet, müsste wissen, dass auch die Ablehnung einer Spende konsequenterweise Aussenpolitik wäre. Das Hauptargument der Gegner war aber offenbar, dass dieser Betrag reine Willkür sei. Für eine Spende ist jedoch jeder Betrag willkürlich. Die Frage ist natürlich, was wir angesichts unserer finanziellen Situation und dem Ausmass der Not geben wollen. Der Mehrheit des Gemeinderats der Stadt Solothurn war für Menschen, die oft extremen Gefahren, Hoffnungslosigkeit und Elend ausgeliefert sind, bereits weniger als ein Promille unseres Eigenkapitals zu viel.

Mehr als ein symbolischer Betrag

1.25 Mio. Fr. sind mehr als bloss ein symbolischer Betrag. Es würde mich deshalb sehr freuen, wenn möglichst viele Menschen am 19. Dezember 2017 an der Gemeindeversammlung der Stadt Solothurn mithelfen würden, diese Spende möglich zu machen. Es geht nicht zuletzt auch um die Frage, wer wir sind und was wir sein wollen. Ich halte dies für eine Frage, die wir uns nicht nur an Weihnachten stellen sollten.

Weshalb ich immer noch überzeugt bin, dass wir hier als Bürgerinnen und Bürger gefordert sind

Ich befürchte, dass sich das allgemeine Gefühl der Ohnmacht zunehmend in Gleichgültigkeit gegenüber jenen Menschen verwandelt, die keine legale Möglichkeit haben, ihrem Elend zu entfliehen. Es stört auch kaum mehr

jemanden, dass Europa, und damit auch die Schweiz, sich darum bemühen, die eigenen Grenzen zu schliessen und gleichzeitig neue und besser bewachte Grenzen weit im Süden zu errichten. Da man nicht nicht kommunizieren kann, kann Schweigen auch als Duldung dieser Politik gedeutet werden. Wer sich jedoch nach aussen gegenüber jenen, die akut in ihrer Existenz bedroht sind, unsolidarisch verhält, tendiert in der politischen Praxis auch zu unsolidarischem Verhalten gegenüber jenen, die innerhalb unserer Gesellschaft auf Unterstützung angewiesen sind. Was das heisst, haben nicht nur in Griechenland bereits viele Menschen innerhalb Europas zu spüren bekommen. Wer tatsächlich glaubt, jeder sei der Schmied seines eigenen Glücks, überschätzt vielleicht nicht nur seine persönliche Leistung, sondern unterschätzt sowohl die historischen Umstände, als auch die Leistung einer demokratischen und kooperativen Gesellschaft, welche diesen Wohlstand erarbeitete. Diese ermöglichte es bisher auch, alle Mitglieder, zumindest bis zu einem gewissen Grad, an diesem Wohlstand teilhaben zu lassen. Egozentrische Denkmuster führen letztendlich weg von einer friedlichen und demokratischen Gesellschaft hin zu einem Kampf aller gegen alle. Als Profiteure der globalen wirtschaftlichen Strukturen tragen wir zudem entsprechende Verantwortung für deren negative Konsequenzen, egal ob wir diese Strukturen befürworten oder nicht.